

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 R. 20 Pf. einschließl.  
des „Amts- und Anzeigebblatt“  
u. der „Humor-Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

Verusprediger Nr. 210.

**N 88.**

52. Jahrgang.  
Sonntag, den 29. Juli

**1905.**

Im Handelsregister des königlichen Amtsgerichts Eibenstock ist heute auf Blatt 265  
(Firma: Eugen Schmidt in Eibenstock)

eingetragen worden:  
Der bisherige Inhaber Eugen Clemens Schmidt ist ausgeschieden.  
Fanny verw. Schmidt geb. Hhle in Eibenstock ist Inhaberin.  
Eibenstock, am 26. Juli 1905.

### Königliches Amtsgericht.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fanny verheh. Unger in  
Schönheide, Inh. der Firma Fanny Unger das., Materialwaren- und Weinhandlung  
und Konfektionsgeschäft wird zur Prüfung der nach Ablauf der Anmeldefrist angemeldeten  
Forderungen auf Antrag des Verwalters Termin auf

den 4. August 1905, vormittags 10 Uhr

vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte

anberaumt.

Eibenstock, den 27. Juli 1905.

### Königliches Amtsgericht.

Im Handelsregister des königlichen Amtsgerichts Eibenstock ist heute eingetragen  
worden:

auf Blatt 277 die Firma Fritz Remus in Eibenstock und als deren In-  
haber der Stickerfabrikant Jacob Fritz Remus in Eibenstock.  
Angegabener Geschäftszweig: Stickerfabrikation.

auf Blatt 278 die Firma Eugen Kleiss in Eibenstock und als deren In-  
haber der Stickerfabrikant Eugen Max Kleiss in Eibenstock.  
Angegabener Geschäftszweig: Stickerfabrikation.

auf Blatt 279 die Firma Arno Schmidt in Eibenstock und als deren In-  
haber der Stickerfabrikant Arno Leopold Schmidt in Eibenstock.

Angegabener Geschäftszweig: Stickerfabrikation.  
Eibenstock, am 27. Juli 1905.

### Königliches Amtsgericht.

Sonntag, den 29. Juli 1905,

mittags 1/2 1 Uhr

sollen in der Restauration „zur Zentralfabrik“ hier folgende daselbst eingestellte Gegenstände,  
nämlich: ein Faß mit ca. 100 Liter Nordhäuser und eine Anzahl Weile an den  
Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Eibenstock, am 27. Juli 1905.

Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts.

### Bitte.

Der Verein zur Förderung der evangelischen Liebeswerke zu Eibenstock, Schön-  
heide, Carlsehd., Hundshäbel, Sosa und Stühengrün wird mit Genehmigung der  
zuständigen Behörden auch in diesem Jahre und zwar in den nächsten Tagen eine Samm-  
lung von Liebesgaben für die Zwecke der äußeren und inneren Mission, der  
Gustav Adolph-Stiftung und der Sächs. Hauptbibel-Gesellschaft veranstalten.

Der Vereinsvorstand bittet herzlich um wohlwollende Förderung der bevorstehenden  
Sammlung durch Gaben der Liebe.

Der Vorstand des Vereins zur Förderung der ev. Liebeswerke.

J. A. P. Gebauer, Pfarrer.

### Zur marokkanischen Frage.

In den zur Zeit zwischen Berlin und Paris schwebenden  
Erörterungen über das Programm, das der Sultan von Marokko  
den an der Konferenz teilnehmenden Mächten unterbreiten soll,  
ist auf französischer Seite ein gewisser Stillstand eingetreten.  
Als Antwort auf eine Anfrage Deutschlands nach den Wünschen,  
die Frankreich für dieses Programm habe, hatte am 20. Juli der  
Ministerpräsident Rouvier in Paris unserem dortigen Votschafter,  
dem Fürsten von Radolin, eine kurze schriftliche Aufzeichnung  
übergeben, dabei aber hinzugefügt, dies sei nur eine vorläufige  
Mitteilung, die vollständig ausgearbeiteten Vorschläge Frankreichs  
werde er demnächst folgen lassen. Seitdem ist mehr als eine  
Woche verfloßen, ohne daß die Pariser Regierung sich näher  
äußert hätte. Auch Herr Bihour, der französische Votschafter  
in Berlin, ist von seinem Urlaub aus der französischen Haupt-  
stadt hierher zurückgekehrt, ohne in der Marokkofrage irgend einen  
Auftrag zu haben.

Das Jögern Frankreichs in seiner Mitwirkung zu einem  
Programm, den es gemeinsam mit Deutschland dem  
Sultan von Marokko zur Annahme und zur Mittelung an die  
Konferenzteilnehmer empfehlen soll, läßt sich im ganzen harmlos  
erklären. Es mag sich um die Abfassung eines umfangreicheren  
Schriftstückes handeln. Uebrigens war Herr Rouvier während  
der letzten Tage durch politische und finanz-technische Besprech-  
ungen mit dem inzwischen nach Amerika abgereisten russischen  
Friedensunterhändler Herrn von Witte stärker in Anspruch ge-  
nommen. Andererseits muß man sich aber daran erinnern, daß  
die Notwendigkeit, das Konferenzprogramm bis in die Einzel-  
heiten festzustellen, für Deutschland und Frankreich durch einen  
Schritt der englischen Diplomatie veranlaßt worden ist, indem  
diese erklärte, sie nehme die Einladung Marokkos zu internationalen  
Beratungen an, wünsche aber, daß ihr das Programm dafür  
vorher mitgeteilt werde. Daraus ergab sich auch nach der grun-  
dlichen Einigung zwischen Berlin und Paris über die Be-  
handlung der Marokkofrage Stoff zu neuen deutsch-französischen  
Erörterungen, in deren Verlauf eine neue Meinungsverschieden-  
heit die Pariser Staatsmänner vielleicht wieder enger auf die  
englische Seite drängen könnte. Daß man in Großbritannien  
das Gängelband, an dem Frankreichs Politik gehalten wird,  
fester anzuziehen wünscht, ist ein offenes Geheimnis. Sogar die  
Weiterführung der öffentlichen Geschäfte Englands durch das  
Ministerium Balfour wird, wie in großen Londoner Blättern,  
auch vom Pariser „Temps“, ganz offen mit Gründen der aus-  
wärtigen Politik erklärt, und unter diesen steht in vorderster  
Reihe der Wunsch, die marokkanische Frage nicht zum Ausgangs-  
punkt eines merklich vertrauensvollen Zusammengehens der fran-  
zösischen Republik mit dem Deutschen Reich zu lassen.  
Indessen hat doch der gegenwärtige Ministerpräsident Rouvier  
bisher englischen Anschauungen gegenüber seine Selbstständigkeit  
zu wahren gewußt und wird voraussichtlich das feine tun, um  
die Programmfrage zwischen Paris und Berlin in nächster Zeit  
zu erledigen.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Von seiner mehrwöchigen Ostseefahrt  
ist Kaiser Wilhelm wieder nach Deutschland zurückgekehrt,  
um zunächst im Kreise seiner Familie auf dem Schlosse Cabinen  
Aufenthalt zu nehmen. Auch diese der Erholung gemidmete Ge-  
reise, die an die Stelle der sonst üblichen Nordlandsfahrt getreten  
war, hat dem Kaiser Gelegenheit gegeben, nicht nur die Bezie-  
hungen zum Stockholmer Hofe zu erneuern und den Monarchen

mit der Bevölkerung des nordischen Königreichs in Berührung  
zu bringen, sie erlangte auch eine große internationale Bedeutung  
durch den Absteher nach der Kronstädter Bucht und durch die  
Begegnung des Kaisers mit dem Jaren. Die Machtstellung, die  
das Genie des großen ersten Kanzlers dem Deutschen Reich ge-  
schaffen, hat in Wilhelm II. einen eifrigen Förderer gefunden,  
und dessen eigenstes Verdienst ist es, daß heute im Weltkonzerte  
das von Deutschland gespielte Instrument in immer zahlreicheren  
Fällen den Ton angibt. „Rast ich, so rast ich!“, dieser Grund-  
satz hat besonders in unserem Zeitalter des Hastens und Ringens  
nach Erfolg Anspruch auf Betätigung, ein Ausruhen selbst auf  
Vorbeeren wäre gleichbedeutend mit einem Rückgang. Wir dürfen  
nicht stille stehen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete,  
wir dürfen uns nicht der Gefahr aussetzen, im Rate der Völker  
als quantität négligeable angesehen zu werden, und darum hat  
jeder Deutsche Ursache, dem impulsiven Kaiser dankbar dafür zu  
sein, daß dieser immerfort auf der Wacht steht und mit fester  
Initiative die Interessen des Reiches zu wahren bestrebt ist. Mit  
Bewunderung blicken deshalb auch alle Völker auf den deutschen  
Herrscher, nicht zum mindesten diejenigen, die uns nicht „grün“  
sind, und welches Ansehens Wilhelm II. sich erfreut, wie sehr  
man seiner Urteilskraft vertraut, dafür ist ja erst jetzt wieder  
der bündigste Beweis geliefert worden durch die an ihn vom  
Jaren ergangene Einladung zur Zusammenkunft vor Björkö.  
Dieses Ereignis hat der Ostseefahrt des Kaisers ein hervor-  
ragendes politisches Gepräge verliehen, da den zwischen beiden  
Monarchen gepflogenen Unterredungen eine internationale Be-  
deutung und Wirkung zugeschrieben werden muß. Die außer-  
gewöhnliche persönliche Stellung, die der Kaiser unter den Herr-  
schern einnimmt, wurde durch das Verlangen des Jaren nach  
einer Aussprache neuerdings aller Welt vor Augen geführt, und  
daß damit auch der Einfluß des Deutschen Reiches im Kreise  
der Mächte eine weitere Kräftigung erfährt, bedarf nicht der  
Beweisführung. Somit kommt die jetzt beendete Meerfahrt des  
Kaisers auch unserer Nation zugute, sie wird ein denkwürdiges  
Ereignis bleiben, denn die Begegnung der beiden Monarchen in  
einer für Russlands Zukunft und für die ganze Welt so wichtigen  
Zeit ist von dauernder geschichtlicher Bedeutung. Die vom Kaiser  
an den dänischen Hof ergangene Anknüpfung eines Besuchs  
wird in politischen Kreisen dahin gedeutet, daß die Ostseefahrt  
auch eine Begegnung mit König Christian bringen sollte, daß  
dieser Plan aber wegen des Absteheres nach den sinnlichen Ge-  
wässern aufgegeben werden mußte.

— Rußland. Wieder sind neue Attentate verübt  
worden. In Tiflis wurde der Polizeimeister Kowalew durch eine  
gegen ihn geschleuderte Bombe schwer verletzt. In Warschau und  
Sosnowice wurden russische Geheimpolizisten, in Moskyer und  
Kaltisch uniformierte Polizisten ermordet.

— Schweden-Norwegen. Die schwedisch-norwegische  
Unionskrise ist durch den Beschluß des Spezialausschusses  
des außerordentlichen schwedischen Reichstages, die Regierungsvor-  
lage über die Anbahnung von Verhandlungen mit Norwegen  
zur Auflösung der Union abzulehnen und zunächst eine nor-  
wegische Volksabstimmung zu fordern, in neue Bahnen gelenkt.  
Das schwedische Ministerium hat deshalb bereits seine Ent-  
lassung eingereicht, aber in der Bevölkerung der schwedischen Haupt-  
stadt herrscht keinerlei Erregung. Diese ruhige Stimmung hat,  
wie von dort berichtet wird, ihren Grund darin, daß man, wie  
verlautet, unter der Hand erfahren hat, Norwegen sei bereit,  
auf die Volksabstimmung einzugehen, wenn auch nicht auf Neu-  
wahlen zum Storting. Die Volksabstimmung könne innerhalb  
14 Tagen stattfinden. Man glaubt, daß die Norweger auch auf  
die Forderung der Schließung der kleineren Festungsanlagen an

der Grenze und auf die Errichtung einer neutralen Zone ein-  
gehen werden. Wie sich nun die Dinge weiter gestalten, muß  
abgewartet werden.

— Italien. Ein gewaltiger Plan, die Neuschaffung  
des östlichen Teils Italiens, nämlich der Provinzen von  
Apulien, geht seiner Ausführung entgegen. Dieses Land, heute  
Puglia genannt, soll früher neben Sizilien der Kornspeicher von  
Rom gewesen sein, leidet aber jetzt in unerhörtem Grade unter  
einem fast völligen Mangel an Wasser. Die vorwiegenden West-  
winde legen ihre Feuchtheit am Apenninengebirge ab und bringen  
wenig davon auf die östliche Seite hinüber. Aus diesem Grunde  
findet sich auf der ganzen Strecke von dem Sporn des italienischen  
„Stiefels“ am Monte Gargano bis zur Spitze des Abjages am  
Kap San Maria de Leuca außer dem Ofanto nicht ein einziges  
nennenswertes Flüsschen. Alle Pläne einer künstlichen Abhilfe  
sind an der Kostenfrage gescheitert. Nach einem Bericht des  
„Mouvement Géographique“ scheint es fast, als ob diese Schwie-  
rigkeiten überwunden worden sind und Apulien seiner Auferstehung  
wirklich entgegengeht. Der Plan würde die Aufmerksamkeit der  
Welt auch schon durch seine technische Kühnheit verdienen. Das  
von der Regierung angenommene Projekt geht darauf aus, die  
Quellen des Flusses Sele auf der Südseite des Apenninabanges  
abzufangen und durch einen Aquädukt durch die Apenninen hin-  
durch nach Apulien hinzuleiten. Das großartige Projekt sollte  
ursprünglich 183 Millionen Lire kosten, jetzt hofft man aber schon  
mit 136 Millionen auszukommen, wovon 125 Millionen Lire  
auf den Staat und der Rest für die Verteilung des Wassers  
innerhalb der einzelnen Gemeinden auf diese entfallen. Die Ar-  
beiten sollen im Jahre 1921 vollendet sein. Die Vergebung der  
Arbeiten ist bereits geschehen.

— England. Im Hause der Lords brachte am Diens-  
tag Lord Tweedmouth zur Sprache, daß der englischen  
Armee Offiziere fehlen, nämlich der regulären Armee  
242, der Miliz 1010, der Yeomanry 342 und den Volunteers  
2792 Offiziere; die englische Armee habe also im ganzen  
4386 Offiziere weniger, als sie haben müßte. Verschiedene  
andere Redner erklärten, in diesem Zustande eine große Gefahr  
zu erblicken, und teilten mancherlei Beschwerden der Offiziere  
mit, die erklären, warum die Stärke des Offizierkorps so be-  
deutend zurückging. Lord Donoughmore gab im Namen der  
Regierung bis zu gewissem Grade zu, daß die Lage ernst sei, und  
erklärte, daß die Regierung sich mit ihr eingehend beschäftige.  
Die Zeitungen widmen diesen Erörterungen des Oberhauses lange  
Artikel, die fast alle mehr oder weniger das Kriegsministerium  
für die Lage verantwortlich machen. Der „Standard“ ist der  
Ansicht, daß Lord Tweedmouth der Wahrheit ziemlich nahe kam,  
wenn er betonte, daß die Armee durch die Unsicherheit des Be-  
rufes demoralisiert sei. Vor allen Dingen würde die Tatsache,  
daß gute Leistungen nicht eine Garantie für die Beförderung  
böten, abschreckend. Es sei vorgekommen, daß Leute, die sich im  
Felde auszeichneten, solchen Kameraden Platz machen mußten,  
von denen das Gegenteil gesagt werden könne. Offiziere, die sich  
zurückgelegt fühlten, reichten ihren Abschied ein und rieten ihren  
jungen Freunden ab, wenn diese Lust zeigten, in den Militärdienst  
einzutreten. Das regierungsfreundliche Blatt geht nach dieser  
Betrachtung zu einem direkten Angriff auf das Kriegsministerium  
über, dem es vorwirft, daß es die Wünsche der Regulären un-  
berücksichtigt lasse, daß es nicht verstehe, was die aktive Armee  
nötig habe und daß es die militärischen Traditionen außer acht  
lasse. Den Volunteers gegenüber haben man den unglücklichen  
Sanktionen gefaßt, daß sich aus ihnen Reguläre machen ließen.  
Die Volunteers hätten deshalb vollständig recht, wenn sie sich  
gegen die von dem Kriegsministerium angeordnete ärztliche Unter-